

Mainzer SPD braucht dringend Beratung

Mainz, 23.7.2009. Die Mainzer SPD sollte endlich aufhören, sich ernsthaften Alternativen zum in Mainz geplanten Kohlekraftwerk zu verschließen, fordert die Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz (KoMa). Die SPD-Position, der Mainzer Stadtrat möge sich nur mit den Kosten eines Kohle-Ausstiegs, nicht aber mit den Kosten eines Betriebs des Kohlemeilers beschäftigen und auch nicht über Alternativen sprechen, entlarvt die wahren Absichten: Man möchte weiterhin das Kohlekraftwerk als alternativlos darstellen und darüber hinaus dafür sorgen, dass der Stadtrat sich vor den Ausstiegskosten scheut. KoMa findet dagegen: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende!

„Kohlefreunde scheuen Alternativen, wie der Teufel das Weihwasser“, kommentiert der KoMa-Vorsitzende Christof van den Bruck die Weigerung der SPD, sich auch mit Alternativen zu beschäftigen. „Dabei bräuchte kaum jemand so dringend Beratung in Sachen alternative Stromerzeugung wie die Mainzer SPD.“ Die Behauptung, zu Gaslieferverträgen und strategischen Partnerschaften lägen alle Informationen auf dem Tisch, sind nach Ansicht von KoMa Unsinn. „Seit die KMW auf Kohle-Kurs ist, hat sie gar kein ernsthaftes Interesse mehr, die Gas-Option noch einmal ernsthaft zu prüfen“, erklärt van den Bruck. KoMa hat bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass deutschlandweit zahlreiche Energieversorger von zunächst geplanten Kohlekraftwerken abgerückt sind und stattdessen nun den Bau von modernen, wesentlich klimafreundlicheren Gaskraftwerken prüfen oder beginnen. Als Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit seien Vattenfall in Berlin, sowie die Kieler und Bremer Stadtwerke genannt.

Auch die Behauptung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Sucher, Informationen zur Wirtschaftlichkeit lägen vor, entbehrt nach Ansicht von KoMa jeglicher Grundlage. „Für die Wirtschaftlichkeit des Kohle-Projekts sind die Kohle- und CO₂-Preise entscheidend und die KMW weigert sich beharrlich, ihre diesbezüglichen Annahmen transparent zu machen“, erklärt van den Bruck. „So gehen wir – bis uns das Gegenteil bewiesen wurde – davon aus, dass die KMW mit viel zu niedrigen CO₂-Kosten kalkuliert. Während in den von der KMW einst dem Stadtrat vorgelegten Wirtschaftlichkeitsberechnungen diese Kostenposition völlig fehlte, sind mittlerweile jährliche dreistellige Millionenbeträge alleine für die Verschmutzungsrechte zu erwarten. Dass die SPD weiterhin hiervon die Augen verschließen will, belegt, dass sie seit der verlorenen Kommunalwahl leider gar nichts dazugelernt hat.“

Eine grundsätzlich offene Haltung gegenüber erneuerbaren Energien will KoMa der SPD nicht absprechen. Allerdings spürt KoMa seit drei Jahren, wofür die Mainzer SPD leider mit Herzblut kämpft – und das ist nicht der Ausbau der Erneuerbaren. So hat man in der Bürgerinitiative mit Kopfschütteln zur Kenntnis genommen, dass für den Bau einer Solaranlage auf der Laubenheimer Höhe ein Raumordnungsverfahren durchgeführt werden soll. „Beim Kohlekraftwerk hat sich die SPD – auch auf Landesebene – mit aller Kraft gegen ein solches Verfahren gestemmt“, erinnert van den Bruck. „Jetzt schweigt die SPD. Darin erkennen wir, wo die Mainzer SPD leider noch heute ihre Prioritäten sieht.“

